S 174 AS 4184/23

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg Sozialgericht Sozialgericht Berlin

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 174
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Nebenkostenguthaben

Betriebskostenguthaben

Zufluss

bereite Mittel

Leitsätze Nebenkostenguthaben,

Betriebskostenguthaben, Zufluss, bereite

Mittel

Normenkette SGB 2 § 22 Abs 3

1. Instanz

Aktenzeichen S 174 AS 4184/23

Datum 17.01.2024

2. Instanz

Aktenzeichen L 18 AS 147/24

Datum -

3. Instanz

Datum -

Sozialgericht Berlin Â

Â

S 174 AS 4184/23 Â (erste) Zustellung erfolgt

am

an

^	^	^	^	^	^	^	^	^	^
	^	/\	/\	/\	/\	/\	/\	/\	/\
Â	$\overline{}$								

Â

als Urkundsbeamter/in der GeschĤftsstelle

Â

Im Namen des Volkes

Urteil

In dem Rechtsstreit

Â Â Â Â Â Â Â Â Â â []

Â

Â

â□□ Kläger â□□

Proz.-Bev.:

Rechtsanwalt â□¦

gegen

ÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂ ÂÂ ÂÂ Â Â A A A Jobcenter Berlin Reinickendorf,ÂÂ

Miraustr. 54, 13509 Berlin, â∏¦

â □ Beklagter â □ □

Â

Â

hat die 174. Kammer des Sozialgerichts Berlin ohne m $\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung am 17. Januar 2024 durch den Richter am Sozialgericht \hat{a}_{1} sowie die ehrenamtlichen Richter **Herrn \hat{a}_{1} und Herrn \hat{a}_{1}** f $\tilde{A}^{1/4}$ r Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen.
Â
Kosten sind nicht zu erstatten.
Â
Die Sprungrevision wird zugelassen.
Â
Â
Â
Â
Â
Â
<u>Tatbestand</u>
Â
Die Beteiligten streiten (zuletzt) $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber Festsetzung und Erstattung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes einschlie \tilde{A} lich Kosten der Unterkunft und Heizung f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r den Monat September 2022.
Â
Der 1968 geborene Kläger steht im laufenden Leistungsbezug beim Beklagten. Dieser lebt mit seiner 1950 geborenen Ehegattin, welche eine Rente in Höhe von 219,61 EUR mtl. sowie aufstockende Leistungen nach dem SGB XII bezieht (im September 2022 iHv 550,78 EUR) zusammen. Der Kläger wohnt zur Miete, wobei die Miete im September 2022 642,98 EUR (Grundmiete: 426,98 EUR + Nebenkosten: 216,00 EUR + Heizkosten: 48 EUR) betrug. Ab Oktober 2022 betrug die monatliche Gesamtmiete 659,98 EUR (Grundmiete: 426,98 EUR + Nebenkosten: 158 EUR + Heizkosten: 75 EUR).

Der Kläger erhielt im Juni 2022 (Abrechnung vom 03.06.2022) eine Nebenkostenabrechnung fÃ⅓r den Zeitraum Oktober 2020 bis einschlieÃ□lich September 2021 aus dem sich ein Guthaben i.H.v. 377,17 EUR ergab. In der Nebenkostenabrechnung heiÃ□t es wörtlich: â□□Wir bitten um schriftliche Mitteilung Ihrer aktuellen Bankverbindung innerhalb der nächsten 2 Wochen ab

Â

Ausstellungsdatum dieses Schreibens. Sofern keine offenen Forderungen unsererseits bestehen, werden wir Ihr Guthaben im Zeitraum vom 03.08.2022 bis zum 05.08.2022 auf dieses Konto $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berweisen. \hat{a} Das Guthaben wurde ausweislich des Mieterkontenauszuges am 13.07.2022 dem Mieterkonto und am 17.08.2022 dem Girokonto des Kl \tilde{A} ¤gers gutgeschrieben.

Â

Auf den Weiterbewilligungsantrag vom 08.07.2022 â dem auch die Nebenkostenabrechnung beigef A war a bewilligte der Beklagten mit vorl A ufigen Bescheid vom 15.07.2022 in der Fassung der (vorl ufigen) A nderungsbescheide vom 05.09.2022 (Oktober 2022 bis Februar 2023 betreffend) und 17.12.2022 (Januar und Februar 2023 betreffend) dem Kl auger f A var September 2022 131,18 EUR, f A var Oktober bis Dezember 2022 je 115,68 EUR und f A var die Monate Januar und Februar 2023 jeweils 162,68 EUR. Grund f A var die (bestandskr auftige) vorl auf gebewilligungsentscheidung war das schwankende Einkommen des Kl augers aus Erwerbst auf getet.

Â

Nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes und Einreichung der Gehaltsbescheinigungen, wonach der KlAzger im September 2022 1.235 EUR brutto (990,51 EUR netto), im Oktober 2022 1.309,38 EUR brutto (1.074,62 EUR netto), im November 2022 1.792,19 EUR brutto (1.432,40 EUR netto), im Dezember 2022 1.321,48 EUR brutto (1.086,72 EUR netto), im Januar 2023 1.309,38 EUR brutto (1.094,16 EUR netto), Februar 2023 1.338,13 EUR brutto (1.112,90 EUR netto) erzielte, setzte der Beklagte den Leistungsanspruch mit Bescheid vom 28.03.2023 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 07.07.2023 auf Null EUR fest und verfügte die vollständige Erstattung der bewilligten Leistungen. Zur Begründung führte der Beklagte u.a. aus, der Kläger habe im September 2022 einen Bedarf auf BerÃ1/4cksichtigung des monatlichen Regelbedarfes i.H.v. 404 EUR zzgl. hÃxlftiger Kosten der Unterkunft und Heizung i.H.v. 132,58 EUR (= 642,98 EUR/2 => 321,49 EUR abzüglich hÃxlftigen Nebenkostenguthaben von 188,58 EUR), mithin insgesamt i.H.v. 536,91 EUR gehabt. Unter BerÃ1/4cksichtigung des im September 2022 erzielten Erwerbseinkommens (1.235 EUR brutto bzw. 990,51 EUR netto), welches um den Grundfreibetrag von 100 EUR und den Erwerbstätigenfreibetrag von 200 EUR (mithin insgesamt 300 EUR) zu bereinigen war und somit i.H.v. 690,51 EUR anrechenbar war, ergebe sich kein Leistungsanspruch. Dementsprechend seien auch die im Monat September 2022 erbrachten Leistungen vollstĤndig zu erstatten.

Â

Mit der am 07.08.2023 beim Sozialgericht Berlin erhobenen Klage begehrt der Kläger (zuletzt) die Bewilligung von Leistungen im Monat September 2022 i.H.v. 34,98 EUR und die entsprechende Reduzierung der Erstattungsforderung. Der Kläger ist der Auffassung, der Beklagte habe zu Unrecht das Nebenkostenguthaben im September 2022 berücksichtigt. Anknüpfungspunkt

sei allein der Zeitpunkt, an dem der Kläger über das Nebenkostenguthaben habe verfügen können. Dies sei mit der Buchung auf dem Mieterkonto des Klägers (im Juli 2022) der Fall gewesen, sodass das Guthaben im August 2022 zu berücksichtigen gewesen sei. Auf den Monat der Auszahlung komme es hingegen nicht an, da andernfalls der Leistungsbezieher den Zeitpunkt des Zuflusses selbst bestimmen könne.

Â

Der KlAzger beantragt,

den Beklagten unter Abänderung der Bescheide vom 28.03.2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 07.07.2023 zu verpflichten, dem Kläger im Zeitraum zwischen dem 01.09.2022 und 30.09.2022 Leistungen zur Sicherung i.H.v. 34,98 EUR zu gewähren und die geltend gemachte Erstattungsforderung auf 768,60 EUR zu reduzieren.

Â

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Â

Der Beklagte ist der Auffassung, die angefochtenen Bescheide seien nicht zu beanstanden, weil der Beklagte zu Recht das Nebenkostenguthaben im Monat nach dessen Auszahlung (August 2022) berÄ¹/₄cksichtigt habe.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten im Ä brigen wird auf den Inhalt der zum Gegenstand der Beratung und Entscheidung der Kammer gemachten Prozessakte und der Verwaltungsakte des Beklagten Bezug genommen.

Â

Die Beteiligten haben mit SchriftsÄxtzen vom 10.10.2023 (Beklagter) und 16.10.2023 (KlÄxger) ihr EinverstÄxndnis mit einer schriftlichen Entscheidung nach <u>ŧ 124 Abs. 2</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) erklÄxrt.

Â

Â

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Â

Das Gericht konnte, nachdem die Beteiligten ihr EinverstĤndnis erklĤrt haben, ohne mýndliche Verhandlung nach <u>§ 124 Abs. 2 SGG</u> entscheiden.

Â

Gegenstand des Verfahrens sind der Festsetzungs- und Erstattungsbescheid vom 28.03.2023 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 07.07.2023, allein den Monat September 2022 betreffend, nachdem der KlĤger den Streitgegenstand insoweit (zulĤssigerweise) auf diesen Monat beschrĤnkt hat. Durch den Erlass des Festsetzungsbescheides hat sich die vorlĤufige Bewilligung durch Bescheid vom 15.07.2022 erledigt (§ 39 Abs. 2 SGB X; BSG, Urteil vom 30.03.2017, B 14 AS 18/16 R, Rn. 10).

Â

Die Klage ist als Anfechtungs- und Verpflichtungsklage § 54 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 und 2, § 56 SGG) statthaft, weil die Klage nicht auf die Zahlung von Leistungen ýber die vorläufig erbrachten Leistungen hinaus abzielt (vgl. BSG, Urteil vom 12.9.2018 â B 4 AS 39/17 R, Rn. 11). Die auch im à brigen zulässige Klage ist jedoch unbegründet. Die angefochtenen Bescheide sind rechtmäà ig und verletzen den Kläger daher nicht in seinen Rechten. Der Kläger hat keinen Anspruch auf Abänderung der angefochtenen Bescheide, weil der Beklagte zu Recht den Leistungsanspruch im Monat September 2023 auf Null EUR festgesetzt hat und eine Erstattung der im September 2023 vorläufig erbrachten Leistungen verfügt hat.

Â

Rechtsgrundlage fýr die Festsetzung und Erstattung von Leistungen ist, nachdem der Beklagte fýr den Streitzeitraum zunÃxchst vorlÃxufige Leistung bewilligt hat, § 41a Abs. 3, 6 SGB II. Rechtsgrundlage fýr den geltend gemachten Leistungsanspruch ist § 19 Abs. 1 S. 2 und 3 i.V.m. §Â§ 7ff., 20ff. SGB II.

Nachdem die Ehefrau des Klägers, aufgrund des Bezuges einer Altersrente, nach <u>§ 7 Abs. 1 Nr. 1</u> und 4 SGB II vom Leistungsbezug nach dem SGB II ausgeschlossen ist und diese auch keine auskömmliche Rente bezieht, kommt es fýr die Frage der Hilfebedürftigkeit des Klägers im streitgegenständlichen Monat September 2022 allein auf dessen Bedarf und das dem gegenüberzustellen Einkommen an.

Der Kläger hat danach im September 2022 keinen Anspruch auf Leistungen, weil das zu berücksichtigende Einkommen dessen Bedarf übersteigt, sodass dieser nicht hilfebedürftig war. Hinsichtlich der Berechnung des Leistungsanspruches wird insoweit (zur Vermeidung von Wiederholungen) auf die zutreffenden Ausführungen in den angefochtenen Bescheiden Bezug genommen (§ 136 Abs. 3 SGB II). Insbesondere hat der Beklagte zu Recht im September 2022 das

dem Kläger im August 2022 ausgezahlte Nebenkostenguthaben (zur Hälfte) berücksichtigt. Anders als der Kläger meint, war das Guthaben nicht im Monat nach der Erfassung im Mieterkonto, mithin im August 2022, zu berücksichtigen.

Â

Nach § 22 Abs. 3 SGB II mindern Rückzahlungen und Guthaben, die dem Bedarf für Unterkunft und Heizung zuzuordnen sind die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach dem Monat der Rückzahlung oder Gutschrift. Nachdem dem Kläger hier das Guthaben aus der Betriebskostenabrechnung vom 03.06.2022 im August 2022 auf sein Girokonto ausgezahlt wurde, war das Guthaben entsprechend im September 2023 bedarfsmindernd zu berücksichtigen. Bezüglich der Anrechnung des Guthabens kommt es insoweit weder auf den Zeitpunkt der Erstellung der Betriebskostenabrechnung oder auf den Zeitpunkt des Zugangs der Betriebskostenabrechnung noch auf den Zeitpunkt der Verbuchung im Mieterkonto (so aber: LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 02.06.2020, L 28 AS 1466/14; rn. 41; LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 27.01.2020, L 31 AS 1871/19, Rn. 24) an.

Â

Im Ausgangspunkt hat der KlĤger hier eine Rückzahlung der vorausgeleisteten Betriebskosten erhalten sowie (zuvor) ein entsprechendes Guthaben (auf dem Mieterkonto) erzielt. Soweit das Gesetz bezüglich des Anrechnungszeitraums auf den Monat der Rückzahlung oder der Gutschrift abstellt, ist zum einen fraglich, was das Gesetz mit â∏∏Gutschriftâ∏∏ meint (insoweit kommt eine Lesart als Gutschrift auf dem Mieterkonto oder Gutschrift auf dem Girokonto in Betracht) und auf welchen Zeitpunkt abzustellen ist, wenn sowohl eine Rückzahlung als auch eine Gutschrift (wie hier) erfolgt; sofern mit Gutschrift nicht Gutschrift auf dem Girokonto gemeint ist. Unter Berücksichtigung des im SGB II geltenden Bedarfsdeckungsgrundsatz und der zur Anrechnung von Einkommen ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung, die neben dem Zufluss von Einkommen auch das Vorhandensein bereiter Mittel voraussetzt, kann nach ̸berzeugung der Kammer, jedenfalls in der vorliegenden Fallkonstellation nur auf den Zeitpunkt des â∏Einganges des Guthabensâ∏ auf dem Girokonto des Klägers abgestellt werden. Zwar liegt im Falle der Verrechnung durch den Vermieter mit Mietschulden bzw. der Aufrechnung des Guthabens mit der laufenden Miete durch den Vermieter (und entsprechende Geltendmachung eines geringeren Mietzinses) grundsicherungsrechtlich zu berļcksichtigendes Einkommen vor. In den Fallkonstellationen: Aufforderung des Vermieters zur Verrechnung mit der nÃxchsten Miete, Aufforderung zur Mitteilung der Kontonummer zum Zweck der Auszahlung des Guthabens oder direkte Auszahlung des Guthabens auf das Girokonto des Mieters durch den Vermieter muss es nach Anberzeugung der Kammer auf den Zeitpunkt der Gutschrift auf dem Girokonto des Mieters bzw. der tatsÃxchlichen Verrechnung mit der laufenden Miete durch den Mieter ankommen. Dies ergibt sich nach à berzeugung der Kammer aus den nachfolgenden Erwägungen:

Â

In zivilrechtlicher Hinsicht entsteht der Anspruch auf Auszahlung des Guthabens mit der Mitteilung des Betriebskostenguthabens (vgl. BGH, Beschluss vom 19.12.1990, VIII ARZ 5/90) und wird sofort fÄxllig (BGH, Urteil vom 05.12.2012, VIII ZR 296/09). Grundsicherungsrechtlich höchstrichterlich geklärt ist, dass Einkommen â∏∏ und um ein solches handelt es sich bei einem Betriebskostenguthaben (vgl. BSG, Urteil vom 22.03.2012, B 4 AS 139/11 R, Rn. 14) $\hat{a} \square \square$ stets einen wertm $\tilde{A} \times \tilde{A} \square$ igen Zuwachs voraussetzt, der erst bei einem Zufluss des Einkommens vorliegt (vgl. zur mangelnden Verfügbarkeit einer â∏Haben-Buchungâ∏∏ auch Berlit in Münder/Geiger, SGB II, 8. Aufl., § 22 Rn. 219 â∏ unter Verweis auf: SG Neubrandenburg, Urteil vom 10.1.2011, S 11 AS 386/08; SG Schleswig, Urteil vom 30.11.2009, <u>S 4 AS 1044/07</u>; Ahrent SGb 2011, 28). AnsprÃ¹/₄che allein sind im SGB II nicht ausreichend. Die Situation ist vergleichbar mit der Anrechnung von Gehalt. Auch dieses kann nur angerechnet werden, sofern es auf dem Girokonto des LeistungsempfĤngers zugeflossen ist. Allein der Umstand, dass ein LeistungsempfĤnger die ErwerbstĤtigkeit ausgeĽbt hat, eine Gehaltsabrechnung erteilt wurde und das Gehalt im â∏Buchungsprogrammâ∏ des Arbeitgebers verbucht wurde, führt nicht zur Anrechenbarkeit von Gehalt, wenn es nicht ausgezahlt wurde. Insoweit ist auch nicht ausreichend, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer mitteilt, das Gehalt liege bereit und müsse nur abgeholt werden bzw. die Kontonummer solle mitgeteilt werden, wenn das Geld tatsÄxchlich nicht in Empfang genommen wird (bzgl. der Frage der bereiten Mittel: sogleich). Dass allein mit der Gutschrift auf dem Mieterkonto grundsĤtzlich nicht der Einkommenszufluss einhergeht, hat das BSG zwischenzeitlich in mehreren Urteilen angenommen, in denen stets als Zuflusszeitpunkt der Zeitpunkt der Verrechnung mit der laufenden Miete oder der Auszahlung auf das Konto des LeistungsempfĤngers abgestellt wurde und gerade nicht auf den Monat der Abrechnung bzw. des Zuganges derselben bzw. der Verbuchung auf dem Mieterkonto [vgl. BSG, Urteil vom 24.6.2020, <u>B 4 AS 7/20 R</u>, Rn. 4 u. 5, 37; BSG, Urteil vom 24.6.2020, <u>B 4 AS 8/20 R</u>, Rn. 7, 23; BSG, Urteil vom 12.10.2016, <u>B 4 AS</u> 38/15, Rn. 12 â∏ wobei dort, wie sich (nur) aus dem Tatbestand der Vorinstanz (LSG) ergibt, das Girokonto gemeint ist; BSG, Urteil vom 12.12.2017, B 4 AS 33/16, Rn. 4, 12].

Â

Bereits vor den zitierten Entscheidungen des BSG hatte dieses entschieden:

BSG, Urteil vom 16.05.2012, <u>B 4 AS 132/11 R</u>, Rn. 18:

â∏Es handelt sich hier um ein Guthaben, das dem Bedarf fÃ $\frac{1}{4}$ r Unterkunft und Heizung iS des Â $\frac{5}{4}$ 22 Abs 1 S 4 SGB II zuzuordnen ist. Â $\frac{5}{4}$ 22 Abs 1 S 4 SGB II ist auch nicht einschränkend dahin auszulegen, dass ein Guthaben nur dann (im Folgemonat) zu berÃ $\frac{1}{4}$ cksichtigen ist, wenn es sich (aufgrund mietvertraglicher Vereinbarungen oÃ $\frac{1}{4}$) im Monat der Gutschrift <u>oder später</u> tatsächlich auf die Kosten der Unterkunft und Heizung ausgewirkt hat (so LSG Hamburg Urteil vom 16.7.2009 â $\frac{1}{4}$ L 5 AS 81/08 â $\frac{1}{4}$ NZS 2010, 230, juris RdNr 26).â $\frac{1}{4}$

Aus dem dortigen Tatbestand (Rn. 2) sowie auch aus den Entscheidungsgrļnden

des Urteils des BSG vom 16.10.2012, <u>B 14 AS 188/11 R</u> sowie aus dem Urteil vom 12.12.2013, <u>B 14 AS 83/12 R</u> ergibt sich, dass im Falle einer Rýckzahlung des Guthabens auf den Monat der Zahlung und nicht auf den Monat der Erstellung der Abrechnung (und/oder dem Zeitpunkt der Gutschrift auf dem Mieterkonto) abzustellen ist.

Deutlicher wird dies noch im Urteil des BSG vom 22.03.2012, <u>B 4 AS 139/11 R</u>. Denn dort heià tes unter Rn. 3

Die Vermieterin verrechnete das gesamte Guthaben mit der Miete für Dezember 2007.

Sodann wird unter Rn. 13 ausgeführt:

â Der Klå mger hat ein Guthaben, das den Kosten der Unterkunft und Heizung iS des ŧ 22 Abs 1 S 4 SGB II zuzuordnen ist, erhalten. Betriebs- und Heizkosten unterfallen grundså mtzlich den Kosten der Unterkunft und Heizung iS des ŧ 22 Abs 1 S 1 SGB II (zu den Kosten der Warmwassererzeugung siehe 3). Nach den bindenden Feststellungen des LSG wies die Vermieterin des Klå mgers und seiner Ehefrau mit Schreiben vom 31.10.2007 få ¼r den Abrechnungszeitraum 2006 ein Guthaben der Mieter in Hå¶he von insgesamt 489,04 Euro aus, wovon 176,74 Euro auf die Betriebskosten und 312,30 Euro auf die Wå mrmeversorgung entfielen. Sie verrechnete das Guthaben mit der få mligen Miete im Dezember 2007. Das Guthaben aus der Betriebs- und Heizkostenabrechnung få ¼r das Jahr 2006, das die Dezembermiete 2007 verringerte, ist zur Hå mlfte (kopfteilig) zu ber Å ¼cksichtigendes Einkommen des Klå mgers iS des ŧ 11 SGB II, das im Monat Januar 2008 die Aufwendungen få ¼r Unterkunft und Heizung gemindert und zum teilweisen Wegfall der Hilfebed Å ¼rftigkeit gem Å må ŧ 7 Abs 1 S 1 Nr 3 iVm ŧ 9 SGB II gef Å ¼rrt hat. â III

Entsprechend (zutreffend) hat auch das Landessozialgericht f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r das Land Nordrhein-Westfalen mit Beschluss vom 12.07.2021 \hat{a}_{\square} <u>L 2 AS 1655/20</u>, Rn. 24 entschieden:

Â

 $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r Oktober 2019 erfolgte, ist in diesem Monat ein wertm \tilde{A} ¤ \tilde{A} \square iger Zuwachs erfolgt. Entgegen der Auffassung der Kl \tilde{A} ¤ger ist insbesondere nicht von einem Zufluss im August 2019 auszugehen, da in diesem Monat zwar die Mitteilung \tilde{A} $\frac{1}{4}$ ber die Gutschrift erfolgte, diese sich jedoch noch nicht wertm \tilde{A} ¤ \tilde{A} \square ig bei den Kl \tilde{A} ¤gern realisierte \tilde{a} \square \square .

Â

Nach alledem lag der maà gebliche Zufluss des Einkommens nach à berzeugung der Kammer erst im August 2022 vor.

Â

Selbst wenn man die kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)gerische Auffassung als zutreffend unterstellt, w\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)re das Guthaben nicht im August 2022 zu berļcksichtigen, weil es in diesem Monat unzweifelhaft nicht als bereites Mittel zur Verfügung stand. Die Anrechnung von Einkommen setzt nach der Rechtsprechung des BSG jedoch sowohl dessen Zufluss als auch die Verfügbarkeit voraus (vgl. BSG, Urteil vom 24.05.2017, B 14 AS 32/16 R, Rn. 24). Ebenso wie bei der Berücksichtigung von Vermögen eine Berücksichtigung voraussetzt, dass dieses â∏versilbertâ∏ werden kann, setzt die BerÃ1/4cksichtigung von Einkommen voraus, dass dieses auch als bereites Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes zur VerfA1/4gung steht. Insoweit kommt es auch nicht (mehr) darauf an, ob der KlAxger nach Erhalt der Nebenkostenabrechnung auf das Guthaben unverzüglich hat zugreifen können. Soweit das BSG noch in der Entscheidung vom 16.05.2012 â∏ B 4 AS 132/11 R, Rn. 22 darauf abstellte, ob eine Verfügungsmöglichkeit besteht, hat es diese Rechtsprechung (in der Kommentarliteratur bisher zumeist unberļcksichtigt) wieder aufgegeben. Im Urteil vom 19.08.2015, B 14 AS 43/14 R heiÃ⊓t es unter Rn. 18:

Â

â∏Steht der als Einkommen erlangte Wertzuwachs im Zeitpunkt des Zuflusses aus Rechtsgrýnden noch nicht als â∏bereites Mittelâ∏ bedarfsdeckend zur Verfýgung, ist deshalb die Berýcksichtigung als Einkommen zu diesem Zeitpunkt auch dann ausgeschlossen, wenn der Leistungsberechtigte auf die Realisierung des Wertes hinwirken kann; sofern in solchen FÃxllen in früheren Entscheidungen eine Berücksichtigung bereits zum Zeitpunkt des Zuflusses erwogen worden ist, wenn eine Freigabe der fraglichen Mittel â∏ohne Weiteresâ∏ zu erreichen war (vgl etwa BSG Urteil vom 10.5.2011 â∏ B 4 KG 1/10 R; BSG Urteil vom 16.5.2012 â∏ B 4 AS 132/11 R), so ist darauf nach der zitierten jüngeren Rechtsprechung nicht mehr abzustellen.â∏.

Â

Schlussendlich verfangen auch die Ausführungen des Klägers nicht, wonach die dortige Auffassung bereits deshalb zutreffen mÃ⅓sse, weil andernfalls der Leistungsberechtigte die Anrechnung komplett verhindern bzw. den

Anrechnungszeitpunkt bestimmen können. Denn der Leistungsträger hat auf die entsprechende Auszahlung â∏hinzuwirkenâ∏; wobei bei einem Verweigerungsverhalten die Absenkung von Leistungen nach § 31 Abs. 2 Nr. 1 SGB II (BSG, Urteil vom 27.01.2009, B 14 AS 42/07 R, Rn. 24) bzw. ein Ersatzanspruch nach § 34 SGB II in Betracht kommt (BSG, Urteil vom 19.08.2015, B 14 AS 43/14 R, Rn. 18).

Die Klage war danach abzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1 S. 1 SGG</u> und folgt dem Ausgang des Verfahrens.

Â

Das Urteil ist nicht mit der Berufung anfechtbar, weil der Beschwerdewert (34,98 $\hat{a} = 0$) den Betrag von 750 $\hat{a} = 0$ nicht \hat{A}_{4} bersteigt (vgl. \hat{A}_{5} 144 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGG).

Â

Die Kammer hat nach <u>ŧ 161 Abs. 1 S. 1 SGG</u> die Sprungrevision zugelassen. Die Voraussetzungen nach <u>ŧ 161 Abs. 2 S. 1</u> i.V.m. <u>ŧ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG</u> liegen vor. Denn die im vorliegende Verfahren streitige Rechtsfrage hat grundsĤtzliche Bedeutung fýr eine Vielzahl von Verfahren, weil die Frage des maÃ∏geblichen Zeitpunktes für die Anrechnung eines Nebenkostenguthaben bisher nicht ausdrücklich höchstrichterlich geklärt ist und bis dato diesbezüglich divergierende erstinstanzliche und obergerichtliche Rechtsprechung existiert. Zur Wahrung der Rechtseinheit und Rechtsfortbildung ist eine höchstrichterliche Entscheidung geboten.**Â**

Â

Erstellt am: 27.02.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024